

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Vertrag vom 20. April 1993

zwischen der Bundesrepublik Deutschland

und der Republik Lettland

über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

A. Zielsetzung

Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und Schutz gegenseitiger Kapitalanlagen.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Direktinvestitionen, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Enteignungsschutz und Entschädigungspflicht sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Fristablauf: 14. 07. 95

321/95

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 20. April 1993
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Lettland
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (412) – 651 09 – Ka 79/95

Bonn, den 2. Juni 1995

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 20. April 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Lettland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

mit Begründung und Vorblatt.

Die Vorlage ist vom Bundesministerium für Wirtschaft und vom Auswärtigen Amt gemeinsam erstellt worden.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 14. 07. 95

321/95

-4-

Entwurf**Gesetz****zu dem Vertrag vom 20. April 1993
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Lettland
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 20. April 1993 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Lettland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll und dem Notenwechsel vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll sowie der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie gleichzeitig das Protokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

**Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Lettland
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen**

**Līgums
starp Vācijas Federatīvo Republiku
un Latvijas Republiku
par ieguldījumu
veicināšanu un to abpusēju aizsardzību**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Lettland –

Vācijas Federatīvā Republika
un
Latvijas Republika,

In dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

In dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

In der Erkenntnis, daß die Förderung und der Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, wobei eine Änderung ihrer Form ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt läßt, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufschungs- und Gewinnungskonzessionen;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Investoren“
 - a) natürliche Personen
 - In bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

vēloties padziļināt ekonomisko sadarbību starp abām valstīm,

tiecoties radīt labvēlīgus apstākļus vienas valsts ieguldītāju kapitāla ieguldījumiem otras valsts teritorijā,

apzinoties, ka šo ieguldījumu sekmēšana un aizsardzība ar līgumu ir piemērota privātās iniciatīvas aktivizēšanai un abu tautu labklājības veidošanai –

ir vienojušās par sekojošo:

1. pants

Šī Līguma mērķiem:

1. ar terminu „ieguldījumi“ saprot visa veida īpašumu, pie kam, tā formas maiņa īpaši nemaina ieguldījuma statusu, galvenokārt:
 - a) kustamais un nekustamais īpašums kā arī citas īpašuma tiesības, tādas kā hipotēkas un ķīlas tiesības;
 - b) tiesības uz daļas līdzdalību sabiedrībās un cita veida līdzdalība sabiedrībās;
 - c) tiesības pieprasīt naudas līdzekļus, kas ir ieguldīti, lai radītu ekonomiskas vērtības vai pakalpojumus, kam ir ekonomiska vērtība;
 - d) intelektuālā īpašuma tiesības, īpaši tādas kā autortiesības, patenti, lietderīgie paraugi vai modeļi, rūpnieciskie paraugi un modeļi, markas/firmas zīmes, tirdzniecības zīmes, uzņēmuma un biznesa nosaukumi, tehnoloģija, know-how un goodwill;
 - e) sabiedrisko tiesību koncesijas, ieskaitot tiesības uz izpēti un ieguvī;
2. ar terminu „ienākumi“ saprot tās naudas summas, kas tiek iegūtas ieguldījuma rezultātā laika periodā, kā piemēram, peļņas daļu, dividendes, procentus, ienākumus no licencēm vai arī citas atīdzības;
3. ar terminu „ieguldītāji“ saprot
 - a) fiziskas personas
 - attiecībā uz Vācijas Federatīvo Republiku, vācieši VFR pamatlikuma ietvaros,

- In bezug auf die Republik Lettland:
ständige Einwohner der Republik Lettland im Sinne der Gesetzgebung der Republik Lettland,

b) Gesellschaften

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im jeweiligen Hoheitsgebiet einer Vertragspartei haben, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

(3) Dieser Vertrag findet auf Kapitalanlagen Anwendung, die in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen der Vertragspartei vorgenommen worden sind, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet. Jede Vertragspartei wird Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in Übereinstimmung mit ihren gesetzlichen Bestimmungen zulassen. Solche Kapitalanlagen genießen den vollen Schutz dieses Vertrags.

(4) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt zugelassene Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Investoren der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Kapitalanlagen von Investoren dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit zugelassenen Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung

- attiecībā uz Latvijas Republiku,
Latvijas Republikas pastāvīgie iedzīvotāji Latvijas Republikas likumdošanas nozīmē.

b) sabiedrības

- katra juridiskā persona, kā arī tirdzniecības sabiedrība vai cita veida sabiedrība vai apvienība ar vai bez juridiskas personas tiesībām, kuras pastāvīgā atrašanās vieta ir attiecīgās līguma puses teritorijā, neatkarīgi no tā, vai tās darbība ir orientēta uz peļņas iegūšanu vai nē.

2. pants

(1) Katra Līgumslēdzēja Puse pēc iespējas sekmēs savā teritorijā otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju ieguldījumus un rīkosies ar ieguldījumiem jebkurā gadījumā vienlīdzīgi un godprātīgi.

(2) Viena Līgumslēdzēja Puse savā teritorijā nekādā veidā ar patvaļīgiem vai diskriminējošiem pasākumiem neietekmēs otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju ieguldījumu pārvaldīšanu, pielietošanu, izmantošanu.

(3) Šis Līgums ir spēkā attiecībā uz tiem ieguldījumiem, kas ir veikti saskaņā ar tās Līgumslēdzējas Puses likumdošanu, kuras teritorijā ieguldījums ir veikts. Katra Līgumslēdzēja Puse pieļaus otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju ieguldījumus savā teritorijā saskaņā ar savu likumdošanu. Šādi ieguldījumi bauda pilnu šī Līguma aizsardzību.

(4) Līgums ir spēkā arī ekonomiskajā zonā un kontinentālajā šelfā, tā kā attiecīgās Līgumslēdzējas Puses starptautiskās tiesības pieļauj realizēt savu jurisdikciju vai savas suverēnās tiesības šajos apgabalos.

3. pants

(1) Katra Līgumslēdzēja Puse nodrošina savā teritorijā atļautajiem ieguldījumiem, kas atrodas otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju īpašumā vai kontrolē ne mazāk izdevīgu režīmu, kāds tas ir savas valsts ieguldītāju ieguldījumiem vai trešās valsts ieguldītāju ieguldījumiem.

(2) Katra Līgumslēdzēja Puse piemēro otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītājiem, attiecībā uz viņu darbību sakarā ar atļautajiem ieguldījumiem savā teritorijā, ne mazāk labvēlīgu attieksmi kā savas valsts ieguldītājiem vai trešās valsts ieguldītājiem.

(3) Šis režīms neattiecas uz privilēģijām, kuras viena Līgumslēdzēja Puse piešķir trešās valsts ieguldītājiem, kas izriet no to līdzdalības muitas un ekonomiskajās savienībās, brīvās tirdzniecības zonā vai arī no līdzdalības tajās kā asociētai loceklei.

(4) Šajā pantā nodrošinātā rīcība neattiecas uz privilēģijām, kuras viena Līgumslēdzēja Puse piešķir trešās valsts ieguldītājiem, kas izriet no līguma par izvairīšanos no divkāršās aplikšanas ar nodokļiem vai citām vienošanām, kas skar nodokļu ietājumus.

4. pants

(1) Vienas Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju ieguldījumi bauda otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā pilnu aizsardzību un pilnu drošību.

(2) Vienas Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju ieguldījumus drīkst atsavināt, nacionalizēt vai pakļaut citiem pasākumiem, kas savā darbībā līdzinās atsavināšanai, nacionalizācijai, otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā tikai vispārējās labklājības nolūkā un atsavināt tikai pret kompensāciju. Kompensācijai jāatbilst atsavinātājam ieguldījuma vērtībai, kas ir noteikta tieši pirms brīža, kad faktiski oficiāli kļuva zināms par īstenotiem vai paredzētiem nacionalizācijas vai līdzīga valda pasākumiem. Kompensācija ir jāizmaksā bez kavēšanās. Līdz kompensācijas izmaksas brīdim

muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragspartei bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

kompensācijas summai tiek pieskaitīti procenti saskaņā ar pieņemto bankas procentu likmi; tai faktiski ir jābūt izmantojamai un brīvi pārvedamai. Vēlākais līdz atsavināšanai, nacionalizācijai vai līdzīga pasākuma brīdim atbilstoši ir jānodrošina kompensācijas noteikšana un realizēšana. Atsavināšanas, nacionalizācijas vai līdzīga veida pasākuma likumībai un kompensācijas lielumam ir jābūt fiksētam un pārbaudāmam likumdošanā noteiktajā kārtībā.

(3) Vienas Līgumslēdzējas Puses ieguldītājiem, kuru ieguldījumi kara vai cita bruņota konflikta, revolūcijas, valsts katastrofāla stāvokļa vai nemieru rezultātā otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā cieš zaudējumus, atmaksāšanas, atkāpšanās naudas, kompensācijas vai citos līdzīgos jautājumos tiek nodrošināta ne mazāk labvēlīga attieksme kā savas valsts ieguldītājiem. Šādiem maksājumiem jābūt brīvi pārvedamiem.

(4) Attiecībā uz gadījumiem, kurus regulē šis pants, vienas Līgumslēdzējas Puses ieguldītāji otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā bauda vislielāko labvēlības statusu.

5. pants

Katra Līgumslēdzēja Puse garantē otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītājiem maksājumu, sakarā ar ieguldījumiem brīvu pārvedumu, proti:

- a) kapitālam un papildus summām/lemaksām, ieguldījumu uzturēšanai kārtībā vai to apjoma palielināšanai,
- b) ienākumiem no ieguldījumiem,
- c) aizdevumu atmaksām,
- d) summām, kas pienākas sakarā ar pilnīgu vai daļēju likvidāciju vai ieguldījumu pārdošanu
- e) kompensācijām, kas paredzētas dotā Līguma 4. pantā.

6. pants

Ja viena Līgumslēdzēja Puse otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā izmaksā kompensāciju saviem ieguldītājiem, pamatojoties uz ieguldījumu garantijām, tad šī otra Līgumslēdzēja Puse, nekaitējot pirmās Līgumslēdzējas Puses tiesībām, kas izriet no šī Līguma 10. panta, atzīs uz likuma vai līguma pamata par spēkā esošām visu ieguldītāja tiesību vai prasību nodošanu pirmajai Līgumslēdzējai Pusei.

Otra Līgumslēdzēja Puse tāpat arī atzīs to, ka pirmā Līgumslēdzēja Puse pārņem šīs tiesības vai prasības (cedētās prasības), kuras pirmā Līgumslēdzēja Puse ir tiesīga īstenot tādā pašā apmērā kā ieguldītājs. Attiecībā uz maksājumu pārvedumiem uz cedēto prasību pamata, atbilstoši, tiek pielietoti 4. panta 2. un 3. punkts un 5. pants.

7. pants

(1) Maksājumu pārvedumi notiek nekavējotīši saskaņā ar 4. panta 2. vai 3. punktu, 5. pantu vai 6. pantu pēc dotā brīdī esošā kursa.

(2) Šim kursam ir jāatbilst „cross rate” kursam, kas izriet no tā pārrēķinu kursa attiecīgajām valūtām, ko veic Starptautiskais valūtas fonds brīdī, kad tiek izdarīti maksājuma pārrēķini konvertējamā valūtā.

8. pants

(1) Ja no vienas Līgumslēdzējas Puses likumdošanas vai starptautiski tiesiskajām saistībām, kas blakus šim Līgumam pastāv vai nākotnē var tikt nodibinātas starp Līgumslēdzējām Pusēm, izriet vispārēja vai īpaša kārtība, ar kuru vienas Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju ieguldījumiem tiek garantēts lielākas labvēlības statuss, nekā paredz šis Līgums, tad šai kārtībai ir priekšroka, ja tā ir labvēlīgāka.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags seit dem 1. Januar 1949 vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen den Investoren einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Investor der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) K特拉 Līgumslēdzēja Puse ievēros jebkuras citas saistības, kuras tā ir pāņēmusi savā teritorijā sakarā ar otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju ieguldījumiem.

9. pants

Šis Līgums ir spēkā arī attiecībā uz tiem ieguldījumiem, kurus ir izdarījuši vienas Līgumslēdzējas Puses ieguldītāji atbilstoši otras Līgumslēdzējas Puses likumdošanai tās teritorijā pirms šī Līguma stāšanās spēkā kopš 01. 01. 1949.

10. pants

(1) Strīdus jautājumi starp Līgumslēdzējām Pusēm par šī Līguma iztulkosanu vai pielietojumu pēc iespējas ir jārisina ar abu Līgumslēdzēju Pušu valdību starpniecību sarunu ceļā.

(2) Ja šis strīdus jautājums nevar tikt noregulēts šādā ceļā, tad tas, pēc vienas Līgumslēdzējas Puses pieprasījuma, ir jānodod šķīrējtiesai atrisināšanai.

(3) Šķīrējtiesa tiek sasaukta katram gadījumam atsevišķi, pie kam katra Līgumslēdzēja Puse leceļ vienu šķīrējtiesas locekli un abi ieceltie šķīrējtiesas locekļi savstarpēji vienojas par trešās valsts pilsoņa kandidatūru kā priekšsēdētāju, kuru leceļ abu Līgumslēdzēju Pušu valdības. Šķīrējtiesas locekļi ir jāieceļ 2 mēnešu laikā, bet šķīrējtiesas priekšsēdētājs 3 mēnešu laikā, pēc tam, kad pirmā Līgumslēdzēja Puse ir paziņojusi otrai Līgumslēdzējai Pusei par to, ka strīdus jautājumu iesniegs izskatīšanai šķīrējtiesā.

(4) Ja netiek ievēroti 3. punktā noteiktie termiņi, tad, ja nav cita nolīguma, katrai no Līgumslēdzējām Pusēm ir tiesības griezties pie ANO Starptautiskās tiesas prezidenta ar lūgumu veikt nepieciešamo locekļu iecelšanu. Gadījumā, ja prezidentam ir kādas no Līgumslēdzējas Puses pilsonība vai ir citi apstākļi, kas kavē pildīt šo pienākumu, tad locekļu iecelšanu veic viceprezidents. Ja arī viceprezidentam ir vienas vai otras Līgumslēdzējas Puses pilsonība vai pastāv citi apstākļi, kas kavē veikt šo pienākumu, tad locekļu iecelšanu veic pēc ranga nākošais šķīrējtiesas loceklis, kuram nav vienas vai otras Līgumslēdzējas Puses pilsonības.

(5) Šķīrējtiesa pieņem lēmumu ar balsu vairākumu. Tās lēmumi ir saistoši, un tiem ir obligāts raksturs. Katra no Līgumslēdzējām Pusēm sedz izdevumus, kas saistīti ar tās nozīmētā locekļa darbību, kā arī savu pārstāvēšanu šķīrējtiesā, arī izdevumus, kas saistīti ar šķīrējtiesā ieceltā priekšsēdētāja darbību, kā arī citi izdevumi, kurus abas puses apmaksā sadalot divās vienādās daļās. Šķīrējtiesa var noteikt arī citu izdevumu segšanas kārtību. Visos pārējos jautājumos šķīrējtiesa pati patstāvīgi nosaka savas darbības kārtību.

(6) Ja abas Līgumslēdzējas Puses ir arī 1965. gada 18. marta konvencijas par ieguldījumu strīdu izskatīšanu, starp valstīm un citu valstu pilsoņiem dalībnieces, tad saskaņā ar šīs konvencijas 27. panta 1. punktu, šķīrējtiesa nav jāsasauca, ja starp vienas Līgumslēdzējas Puses un otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītājiem saskaņā ar 25. pantu ir spēkā īpaša vienošanās. Iespēja sasaukt iepriekš paredzēto šķīrējtiesu, gadījumā ja netiek ievērota minētās vienošanās šķīrējtiesas lēmums (27. pants) vai likumā noteiktas tiesību pēctecības gadījumā vai, pamatojoties uz šī Līguma 6. panta noteikto, paliek spēkā.

11. pants

(1) Strīdus jautājumi attiecībā uz ieguldījumiem starp vienas Līgumslēdzējas Puses un otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju, cik vien iespējams, jārisina draudzīgā ceļā.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach Innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Investor der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragspartei diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 20. April 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und lettischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Vācijas Federatīvās Republikas vārdā
Kinkel

Für die Republik Lettland
Latvijas Republikas vārdā
G. Andrejevs

(2) Ja strīdus jautājumu nevar atrisināt 6 mēnešu laikā no brīža, kad viena no Līgumslēdzējām Pusēm paziņoja par strīdu, tad to pēc otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītāja pieprasījuma nodod šķīrējtiesai. Gadījumā, ja strīdus puses nevienosies par ko citu, tad ir jāpiemēro šī Līguma 10. panta 3. līdz 5. punkts, saskaņā ar kuru šķīrējtiesas locekļu iecelšanu veic strīdus puses saskaņā ar 10. panta 3. punktu, un gadījumā, ja nepastāv citas vienošanās, tās var lūgt Parīzes Starptautiskās tirdzniecības palātas šķīrējtiesas prezidentu veikt nepieciešamo iecelšanu, gadījumā, ja netiek ievēroti 10. panta 3. punktā noteiktie termiņi. Šķīrējtiesas lēmumu izpilda pēc valsts likumiem.

(3) Strīdā iesaistītā Līgumslēdzēja Puse tiesas procesa laikā vai arī šķīrējtiesas lēmuma izpildes laikā neizvirzīs kā argumentu to, ka otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītājs ir saņēmis no apdrošināšanas daļēju vai pilnīgu kompensāciju par cietajiem zaudējumiem.

(4) Gadījumā, ja abas Līgumslēdzējas Puses ir arī 1965. gada 18. marta konvencijas par ieguldījumu strīdu izskatīšanu, starp valstīm un citu valstu pilsoņiem dalībnieces, un strīdus jautājums, saskaņā ar šo pantu, tiek nodots izskatīšanai šķīrējtiesā saskaņā ar iepriekš minēto konvenciju, kas nozīmē, ka strīdus puses nonākušas pie citas vienošanās, tad katra Līgumslēdzēja Puse deklarē par savu piekrišanu šādai kārtībai.

12. pants

Šis Līgums ir spēkā, neatkarīgi no tā vai starp abām Līgumslēdzējām Pusēm pastāv diplomātiskās vai konsulārās attiecības.

13. pants

(1) Šim Līgumam ir nepieciešama ratifikācija; apmaiņa ar ratifikācijas dokumentiem tiks īstenota pēc iespējas īsākā laikā.

(2) Šis Līgums stājas spēkā 1 mēnesi pēc apmaiņas ar ratifikācijas dokumentiem. Līgums ir spēkā 10 gadus, pēc tā iztecēšanas tā darbība pagarinās uz neierobežotu laiku, ja neviena no Līgumslēdzējām Pusēm 12 mēnešus iepriekš rakstiski nepieprasīs Līguma denonsāciju. Pēc 10 gadu notecēšanas Līgumu var anulēt, 12 mēnešus iepriekš par to paziņojot rakstiskā formā.

(3) Attiecībā uz ieguldījumiem, kas ir izdarīti līdz brīdim, kad beidzas šī Līguma darbība, panti no 1. līdz 12. darbojas arī turpmākos 20 gadus no brīža, kad šis Līgums ir zaudējis spēku.

Noslēgts Bonnā, 1993. gada 20. aprīlī, divos oriģinālexemplāros, katrs vācu un latviešu valodās, pie kam abiem tekstiem ir vienāds spēks.

Protokoll

Protokols

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Lettland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung, ob eine natürliche Person Investor ist, gilt insbesondere jede natürliche Person als Investor, die ein von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestelltes nationales Personaldokument besitzt.

(2) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Beschränkungen beim Bezug von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen beim Absatz von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen Investoren gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige Investoren auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage werden wohlwollend geprüft.

(3) Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch die in Artikel 4 genannten Maßnahmen das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, in seiner wirtschaftlichen Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(4) Zu Artikel 5

- a) Während einer Übergangszeit bis zur Einführung einer nationalen Währung, aber nicht später als bis zum 31. Dezember

Parakstot Līgumu starp Vācijas Federatīvo Republiku un Latvijas Republiku par ieguldījumu veicināšanu un abpusēju aizsardzību, Līgumslēdzējas Puses bez tam vienojās par sekojošiem noteikumiem, kuri ir uzskatāmi par šī Līguma sastāvdaļu:

(1) 1. pantam

- a) Ienākumi no ieguldījuma un no tā tālākas ieguldīšanas, kā arī ienākumi no šā tālāk ieguldītā kapitāla bauda tādu pašu aizsardzību, kā paši ieguldījumi.
- b) Neaizskarot citas noteikšanas metodes, vai fiziskā persona ir ieguldītājs, par ieguldītāju uzskatāma katra fiziska persona, kurai ir attiecīgās Līgumslēdzējas Puses kompetentas iestādes izsniegts nacionālais personības dokuments.

(2) 3. pantam

- a) Ar „darbību“ 3. panta 2. punkta nozīmē ir jāsaprot ne tikai ieguldījumu pārvaldīšana, pielietošana, izmantošana. Ar „mazāk izdevīgu“ 3. pantā nozīmē ir jāsaprot atšķirīga kārtība, taču īpaši ierobežojumu gadījumā izejvielu un palīgmateriālu, enerģijas un degmateriālu iegādē, kā arī visa veida ražošanas un tehnisko līdzekļu iegādē, atšķirīga izturēšanās gadījumā, ja tiek likti šķēršļi attiecībā uz produkcijas realizāciju iekšzemē un ārzemēs, kā arī cita veida pasākumi ar līdzīgām sekām. Pasākumi, kas jāveic sabiedriskās kārtības un drošības dēļ, veselības aizsardzības nolūkā vai tikumisku apsvērumu dēļ, netiek uzskatīti par „mazāk izdevīgiem“ 3. panta nozīmē.
- b) 3. panta noteikumi neuzliek par pienākumu vienai Līgumslēdzējai Pusei nodrošināt nodokļu privilēģijas, atbrīvošanu no nodokļiem vai to samazināšanu personām, kurām pastāvīgā dzīves vieta ir otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā, ja augšminētie atvieglojumi paredzēti tikai personām, kuru pastāvīgā dzīves vieta ir pirmās Līgumslēdzējas Puses teritorijā.
- c) Saskaņā ar valsts likumdošanu Līgumslēdzējas Puses labvēlīgi pārbaudīs otras Līgumslēdzējas Puses personu iesniegumu par tās iebraukšanu un uzturēšanos pirmās teritorijā, ja tā ir saistīta ar ieguldījumiem; tas pats attiecas uz strādājošiem, kas vēlas iebraukt un uzturēties otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā, lai darbotos šeit kā darba ņēmējs saistībā ar ieguldījumiem. Arī pieprasījumi izsniegt darba atļauju, kas saistīti ar ieguldījumu, tiks godprātīgi pārbaudīti.

(3) 4. pantam

Tiesības prasīt kompensāciju pastāv arī tad, ja, 4. panta nozīmē, notiek iekļaušanās uzņēmuma, kas ir ieguldījuma objekts, darbībā, un līdz ar to būtiski tiek ietekmēta tā ekonomiskā substance.

(4) 5. pantam

- a) Pārejas periodā, līdz nacionālās valūtas ieviešanai, bet ne vēlāk kā līdz 31. 12. 1993. gadam, Latvijas Republika pieliks

1993, wird die Republik Lettland alle Anstrengungen unternehmen, die für den freien Transfer erforderlichen Devisen zur Verfügung zu stellen, insbesondere für den Transfer von Erträgen.

Unabhängig davon sind Entschädigungen nach Artikel 4 dieses Vertrags frei transferierbar.

- b) Nach Einführung einer nationalen Währung, oder nach Ablauf der oben genannten Übergangszeit gilt Artikel 5 uneingeschränkt.

(5) Zu Artikel 7

- a) Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.
- b) Für die Republik Lettland wird der am Tage des Transfers anzuwendende Kurs von der Bank von Lettland festgelegt.

(6) Transportklausel

Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, beziehungsweise, die sich im Zusammenhang damit wirtschaftlich betätigen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, wenn notwendig, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) die oben genannten Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

visas pūles, lai nodrošinātu brīvam pārvedumam, īpaši peļņas pārvedumiem, nepieciešamo konvertējamās valūtas daudzumu.

Neatkarīgi no iepriekšteiktā, 4. pantā minētās kompensācijas ir brīvi pārvedamas.

- b) Pēc nacionālās valūtas ieviešanas, vai arī pēc augšminētā pārejas perioda iztecēšanas, neierobežoti spēkā ir 5. pants.

(5) 7. pantam

- a) „Nekavējošs” 7. panta 1. punkta nozīmē ir pārvedums, kas tiek veikts tādā termiņā, kāds ir normāli nepieciešams pārveduma formalitātēm. Termiņš sākas ar attiecīga iesnieguma iesniegšanu un nekādā gadījumā nedrīkst pārsniegt divus mēnešus.
- b) Attiecībā uz Latvijas Republiku Latvijas Banka nosaka pārvo-
duma operācijas dienā piemērojamo kursu.

(6) Transporta klauzula

Pārvadājot preces, kas ir saistītas ar ieguldījumiem, un personas, kuru saimnieciskā darbība ir saistīta ar ieguldījumiem, viena Līgumslēdzēja Puse neierobežos un neietekmēs otras Līgumslēdzējas Puses transportuzņēmumus un, ja nepieciešams, izsniegs atļaujas transportpārvadājumiem. Ar pārvadājumiem sa-
prot:

- a) preces, kas ir domātas tieši ieguldījumam šī Līguma izpratnē, vai kuras ir iegādājies kāds uzņēmums, vai tās ir iegādātas kāda uzņēmuma uzdevumā, Līgumslēdzējas Puses vai trešās valsts teritorijā, un kuras ir iekļautas šī Līguma nozīmē.
- b) augstāk minētās personas, kuru ceļojums ir saistīts ar ieguldījumiem.

Geschehen zu Bonn am 20. April 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und lettischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Noslēgts Bonnā, 1993. gada 20. aprīlī, divos oriģināleksemplāros, katrs vācu un latviešu valodās, pie kam abiem tekstiem ir vienāds spēks.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Vācijas Federatīvās Republikas vārdā
Kinkel

Für die Republik Lettland
Latvijas Republikas vārdā
G. Andrejews

Bonn, den 20. April 1993

Ministry for Foreign Affairs
Republic of Latvia

Bonna, 1993. gada 20. aprīlis

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Republik Lettland und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Republik Lettland wird nach Kenntnisnahme davon, daß die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland Maßnahmen zur Förderung von Kapitalanlagen deutscher Investoren in Lettland schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags gewähren können, den Vertrag vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anwenden. Diese Erklärung wird in der Erwartung abgegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen in Lettland schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags erwägt.

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

G. Andrejevs
Außenminister der Republik Lettland

An den
Bundesminister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Dr. K. Kinkel
Bonn

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Bonn, 20. April 1993

Exzellenz,

ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom heutigen Tage mit folgendem Inhalt zu bestätigen:

„Aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Republik Lettland und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Republik Lettland wird nach Kenntnisnahme davon, daß die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland Maßnahmen zur Förderung von Kapitalanlagen deutscher Investoren in Lettland schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags gewähren können, den Vertrag vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anwenden. Diese Erklärung wird in der Erwartung abgegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen in Lettland schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags erwägt.“

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Kinkel

An den
Außenminister der
Republik Lettland
Herrn Georgs Andrejevs

Godājamais ministra kungs,

sakarā ar Līguma parakstīšanu par ieguldījumu veicināšanu un abpusēju aizsardzību starp Latvijas Republiku un Vācijas Federatīvo Republiku atļaujos Jums darīt zināmu sekojošo:

Latvijas Republikas Valdība, pieņemusi zināšanai, ka atbildīgās Vācijas iestādes var nodrošināt vācu ieguldītāju ieguldījumu veicināšanu Latvijā jau pirms Līguma stāšanās spēkā, provizoriskski pielietos Līgumu no parakstīšanas dienas. Šis paskaidrojums tiek izteikts cerībā, ka Vācijas Federatīvās Republikas Valdība apsvērs ieguldījumu garantiju pārņemšanu Latvijā jau pirms Līguma stāšanās spēkā.

Pieņemiet, godājamais ministra kungs, manas cieņas visdziļāko apliecinājumu.

G. Andrejevs
Latvijas Republikas ārlietu ministrs

Vācijas Federatīvās Republikas ārlietu ministram
Dr. K. Kinkela kungam
Bonna

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Der deutsch-lettische Investitionsförderungs- und -schutzvertrag dient dem Ziel, die beiderseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verstärken, indem er günstige Bedingungen für Kapitalanlagen schafft.

Die Förderung und der Schutz gegenseitiger Kapitalanlagen sind nach Auffassung beider Seiten zudem geeignet, die Wirtschaftsreform in Lettland zu unterstützen. Durch entsprechende gesetzliche Bestimmungen hat Lettland die Grundlage für ausländische Kapitalanlagen geschaffen. Der völkerrechtliche Vertrag gewährt den Kapitalanlagen darüber hinausgehend einen umfassenden und dauerhaften Rechtsschutz. Dadurch können deutsche Investitionen in Lettland zusätzlich stimuliert werden.

Der Vertrag ist ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag besteht.

Der deutsch-lettische Investitionsförderungs- und -schutzvertrag entspricht im wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage der entsprechenden Verträge mit anderen osteuropäischen Staaten (Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Polen, CSFR) und anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (Usbekistan, Ukraine, Weißrußland) war.

II. Zu den Vertragsbestimmungen

Der Vertrag enthält 13 Artikel; ihm sind ein Protokoll und ein Notenwechsel beigelegt.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlage“, „Erträge“ und „Investoren“. Einbezogen werden alle Arten von Vermögenswerten, die von Investoren aus dem anderen Vertragsstaat angelegt werden, sowie die Erträge hieraus. In den Anwendungsbereich des Vertrags fallen neben deutschen und lettischen Staatsangehörigen alle juristischen Personen sowie Handelsgesellschaften oder sonstige Gesellschaften, Vereinigungen oder Organisationen, die ihren Sitz in Deutschland oder in Lettland haben.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungsklausel und das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen von Investoren der anderen Seite nicht zu diskriminieren. Insbesondere genießen Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei zugelassen worden sind, den vollen Schutz des Vertrags.

Gemäß Protokollnummer 1 Buchstabe a genießen Erträge den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

Zu Artikel 3

Hier ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt. In der Protokollnummer 2

Buchstabe a werden einige Beispiele einer nach dem Vertrag unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt. Protokollnummer 2 Buchstabe b stellt klar, daß die Gewährung bestimmter steuerlicher Vergünstigungen an Gebietsansässige nicht im Widerspruch zum Gebot der Inländerbehandlung steht. Protokollnummer 2 Buchstabe c enthält eine Wohlwollensklausel hinsichtlich Einreise, Aufenthalt und Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung gewährleistet den Enteignungsschutz sowie Entschädigung und ein ordentliches Rechtsverfahren bei Enteignungsmaßnahmen. Eine Enteignung oder Verstaatlichung ist nur zum allgemeinen Wohl und gegen wertentsprechende Entschädigung zulässig. Der Investor hat Anspruch auf unverzügliche Zahlung der Entschädigung und bei Zahlungsverzug Anspruch auf bankübliche Verzinsung. Die Entschädigungspflicht erstreckt sich nicht nur auf unmittelbare Eingriffe in die Kapitalanlage als solche, sondern gemäß Protokollnummer 4 auch auf staatliche Eingriffe in das Unternehmen, an dem der Investor beteiligt ist, wenn dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge Krieg, Staatsnotstand oder sonstiger Ausnahmesituationen wird Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung zugesichert.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält das wichtige Prinzip des freien Transfers von Kapital, Erträgen, Darlehensrückzahlungen und Entschädigungen. In der Protokollnummer 4 wird Lettland eine Übergangsfrist zur Verwirklichung des freien Transfers bis zur Einführung einer nationalen Währung, spätestens aber bis zum 31. Dezember 1993 eingeräumt. Für Enteignungsentschädigungen gilt der freie Transfer ohne diese Einschränkung.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation. Sie stellt sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen politische Risiken die auf sie übergegangenen Rechte und Ansprüche des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

Zu Artikel 7

Der Transfer nach Artikel 4, 5 oder 6 ist unverzüglich zu dem jeweils gültigen Wechselkurs durchzuführen. Nach Protokollnummer 5 darf dabei eine Frist von zwei Monaten nicht überschritten werden.

Zu Artikel 8

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes oder aufgrund einer völkerrechtlichen Verpflichtung, gehen diesem Vertrag vor (sog. Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragspar-

teilen zu, daß sie dem Investor gegenüber übernommene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 9

Der Vertrag gilt auch für Altinvestitionen, die seit dem 1. Januar 1949 in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei vorgenommen worden sind.

Zu Artikel 10

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragspartnern über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat vor.

Zu Artikel 12

Der Vertrag enthält die übliche Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen Beziehungen bestehen sollten.

Zu Artikel 13

Der Vertrag steht unter dem Vorbehalt der Ratifikation. Nach dem Inkrafttreten gilt der Vertrag zunächst für zehn Jahre und wird sodann – mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist – auf unbestimmte Zeit verlängert. Im Falle einer Kündigung bleiben die bis zum Außerkrafttreten des Vertrags vorgenommenen Kapitalanlagen noch weitere zwanzig Jahre lang geschützt.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen, die Bestandteil des Vertrags sind. Neben den bereits erwähnten Erläuterungen enthält das Protokoll in Nummer 6 ein Diskriminierungsverbot bei Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zum Notenwechsel

Mit dem Notenwechsel vom 20. April 1993 erklärt Lettland die vorläufige Anwendung des Vertrags vom Tage der Unterzeichnung an. Diese Erklärung wird mit dem Ziel abgegeben, daß die Bundesregierung bereits vor Inkrafttreten des Vertrags Garantien für Kapitalanlagen in Lettland übernehmen kann.

14.07.95**Stellungnahme**
des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 20. April 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Lettland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Der Bundesrat hat in seiner 687. Sitzung am 14. Juli 1995 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.